

Transitional Justice 2.0

ABHANDLUNGEN

- Einleitung: *Transitional Justice 2.0*. Zur konzeptionellen Erweiterung eines noch jungen Forschungsprogramms 15
Stefan Engert / Anja Jetschke

Wie gehen Staaten und Gesellschaften mit kollektivem Unrecht nach Gewaltkonflikten um? Diese Frage steht, ganz einfach gesprochen, exemplarisch für das Erkenntnisinteresse der Forschung über Transitionale Gerechtigkeit beziehungsweise *Transitional Justice* (TJ) – dem Thema des vorliegenden Sonderbandes. Wie kann Frieden nachhaltig stabilisiert; wie können ehemalige Täter und Opfer so wieder miteinander versöhnt werden, dass sie nach beziehungsweise trotz der Verbrechen gewaltfrei mit- (innerstaatliche Konflikte) oder nebeneinander (internationale Konflikte) leben können, ohne in Rachekreisläufe zurückzufallen? Seit dem Ende des Kalten Krieges hat diese Frage politisch wie politikwissenschaftlich an Bedeutung gewonnen. In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird diese Debatte unter dem Stichwort „*Transitional Justice*“ aufgegriffen. TJ selbst ist noch ein junges Forschungsfeld, das an der Schnittstelle unterschiedlichster Disziplinen verortet ist. In diesem einleitenden Beitrag erfassen wir das Forschungsfeld der TJ und identifizieren ein Forschungsdesiderat: systematisch-vergleichende Fallstudien von Ländern, die Versöhnungsmechanismen etabliert haben. Die meisten der bisher vorliegenden Arbeiten zu dem Thema sind eher deskriptiv, empirisch und stark Einzelfall orientiert. Die Einleitung stellt die konzeptionellen Überlegungen zum Heft dar.

- Die Konsequenzen jahrzehntelanger Amnes(t)iepolitik in Spanien. Das Fallbeispiel der Kleinstadt Llanes (Asturien) 45
Beatrice Schlee

Die spanische Schlussstrich-Politik unter die Ereignisse des Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur wurde nach mehr als 20 Jahren aufgrund der landesweiten Aushebung von Massengräbern durch zivilgesellschaftliche Organisationen aufgebrochen. Trotz des einsetzenden Erinnerungsbooms und der Verabschiedung des so genannten „Erinnerungsgesetzes“ im Jahr 2007, scheint der ländliche Raum hiervon weitgehend unberührt. Ein differenzierter Blick auf den Mikrokosmos einer spanischen Kleinstadt zeigt, dass immer noch Erinnerungsgemeinschaften entlang der Konfliktlinien der 1930er Jahre existieren, die das politische Verhalten konditionieren. Der Artikel geht auf die Umsetzung des Erinnerungsgesetzes ein und stellt die negativen Konsequenzen der Amnes(t)iepolitik dar, die dazu beigetragen haben, die Ausbildung einer demokratischen Kultur in der Konsolidierungsphase zu behindern.

Ausgehend von neueren Anstößen zu einer Rehabilitierung des Vergessens im öffentlichen Bewusstsein untersuche ich zwei für die Strategie der Amnesie relevante Fälle: den Umgang mit dem kolonialen Völkermord 1904-1908 in Namibia in Nachkriegsdeutschland sowie in der unabhängigen Postkolonie und weiter die Auseinandersetzung um Menschenrechtsverletzungen der SWAPO während der 1980er Jahre. In beiden Fällen setzte die Auseinandersetzung um die Bearbeitung beziehungsweise das Beschweigen von Gewaltgeschehen und Großverbrechen nach Erreichen der Unabhängigkeit 1989/1990 ein. Dabei zeigt sich im ersten Fall eine transnationale Dynamik, die zu Verschiebungen auch der Haltung beider Regierungen beigetragen hat, zugleich aber auf die offiziellen Geschichtsbilder verweist. Damit ist die nationale Identitätskonstruktion als entscheidender Rahmen des im Falle Namibias mit der Unabhängigkeit zusammenfallenden Transitionsprozesses angesprochen. Die auf den Befreiungskampf zurückgehende Definition der Nation bildet auch die entscheidende Grundlage der Verdrängungsstrategien gegenüber Menschenrechtsverletzungen der ehemaligen Befreiungsbewegung und heutigen Regierungspartei. In ihrer Labilität werfen diese Strategien zugleich Fragen der politischen Kultur auf. Schließlich frage ich nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, die die Aussichten darauf bestimmen, dass die Strategie der Amnesie dauerhaft durchgesetzt werden kann.

Der Kaiser hat ja keine Kleider an!
– Strafverfolgung durch hybride Tribunale
Anja Jetschke

In diesem Beitrag steht die Aufarbeitung durch internationalisierte Strafgerichtstribunale im Mittelpunkt der Untersuchung. Er geht zwei Fragen nach: Was bestimmt, ob Staaten (hybride) Tribunale oder andere Mechanismen der Vergangenheitsaufarbeitung wählen? Lässt sich der kausale Wirkungsmechanismus, den die theoretische Literatur Tribunale als retributivem Instrument zuschreibt, beobachten? Der Artikel versucht, auf diese Fragen mittels eines Vergleichs der hybriden Tribunale in Kambodscha, Osttimor und Sierra Leone Antworten zu geben. In Bezug auf die Option der Einsetzung von Tribunale ist ein zentrales Ergebnis, dass diese in großem Maße beeinflusst ist von der bestehenden politischen Machtverteilung im jeweiligen Staat. Das Muster, das sich aus den für den gesamten Konfliktzeitraum eingesetzten Instrumenten, der Verteilung der Anklageerhebungen und der Zahl der Verurteilungen ergibt, stellt den kausalen Wirkungspfad, über den Tribunale wirken könnten, grundlegend in Frage. Damit ist es unwahrscheinlich, dass Tribunale einen innenpolitischen Aussöhnungseffekt haben. Der Artikel diskutiert die Implikationen dieser Ergebnisse.

- Durch Recht oder Symbolik zur Versöhnung?
 Ein Vergleich der Versöhnungswirkung des Internationalen
 Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)
 und politischer Entschuldigungen im ehemaligen Jugoslawien 131
Michel-André Horelt

Juristische Prozesse und politische Entschuldigungen stellen unterschiedliche Wege der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen dar. Während Kriegsverbrechertribunale individuelle Täter bestrafen und so stereotype Schuldzuweisungen zwischen den Konfliktparteien durchbrechen, wirken politische Entschuldigungen gerade durch die symbolische Annahme kollektiver Verantwortung für Verbrechen. Doch wie sehen diese theoretischen Annahmen in der Realität aus? Der Artikel analysiert die politische Versöhnungsleistung beider Ansätze anhand der öffentlichen Rezeption der Aufarbeitung zu den serbischen Kriegsverbrechen in Vukovar und Srebrenica. Dabei wird aufgezeigt, dass (1) mithilfe beider Instrumente die kollektive Verantwortung für Verbrechen auf einzelne Personen abgeschoben wird. Zudem (2) werden Unterschiede in der Versöhnungsleistung deutlich: Während die juristische Aufarbeitung die faktische Aufklärung der rechtlich verhandelten Verbrechen fördert, sind serbische Entschuldigungen trotz ihres scheinbar strategischen Einsatzes und ihrer relativierenden sprachlichen Muster dann erfolgreich, wenn die Adressaten der Entschuldigung ein pragmatisches Interesse an einer Annäherung besitzen. Somit zeigt der Artikel sowohl die komplementären als auch die unterschiedlichen Versöhnungseffekte beider Ansätze in ihrer praktischen Umsetzung auf.

- Die Staatenwelt nach Canossa:
 Eine liberale Theorie politischer Entschuldigungen 155
Stefan Engert

Entschuldigungen können Kriege verhindern: Eine „gute“ beziehungsweise vollständig abgegebene Entschuldigung (*apology*) kann neue Gewaltkonflikte abwenden und eine Versöhnung zwischen Täter und Opfer ermöglichen. Eine nur unvollständig gegebene Entschuldigung (*excuse*) beziehungsweise die Leugnung (*denial*) von historischem Unrecht wirken hingegen konfliktfördernd. Zu welcher Entschuldigungsform ein Staat greift, so die liberale Hypothese des Beitrags, hängt von der Verteilung der innenpolitischen Präferenzen ab, das heißt ob Regierung und Bevölkerung ähnliche oder unterschiedliche Interpretationen des Konflikts besitzen (Divergenz: *excuse*; Konvergenz: *apology* oder *denial*). Die konkrete Wirkung und Wahl des Entschuldigungssprechaktes werden empirisch an den Beispielen des Armeniergenozids (Türkei; *denial*) sowie des Holocaust (Deutschland; erst *excuse*, dann *apology*) diskutiert und aufgezeigt.

Reparationen als Instrument der Transitionalen Gerechtigkeit.
Was erklärt die Regeleinhaltung?

191

Mia Swart

Internationales Recht erkennt zunehmend an, dass Staaten verpflichtet sind, Reparationen an Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu zahlen. Reparationen sind auch ein Kernbestandteil der Transitionalen Gerechtigkeit geworden. Sowohl aus einer völkerrechtlichen Perspektive als auch aus der Perspektive transnationaler Gerechtigkeit sind Reparationen ein Mittel, Gesellschaften mit einer Konfliktgeschichte zu versöhnen. Obwohl Staaten zunehmend verpflichtet sind, Reparationen zu zahlen, wird deutlich, dass viele Staaten dieser Verpflichtung nicht nachkommen, zumal sie auch nicht gezwungen werden können, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Was erklärt dann die Regeleinhaltung? Dieser Artikel analysiert das Phänomen, dass manche Staaten Reparationen bezahlen, obwohl es keine Sanktionen für Nichteinhaltung gibt. Der Beitrag analysiert dafür verschiedene Klassen von Staaten: Lateinamerikanische Staaten, die generell ihrer Verpflichtung nachkommen, Südafrika als Staat, der eine partielle Regeleinhaltung aufweist, und die USA und Australien als Staaten, die ihrer Reparationsverpflichtung nicht nachkommen. Dieser Artikel analysiert die Faktoren, die diese Unterschiede in der Regeleinhaltung beeinflussen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Völkerrecht, vor allem aber regionale Menschenrechtsgerichtshöfe eine wichtige Rolle dabei spielen, Staaten dazu zu bringen, völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Vergehende Wahrheit und wahre Vergangenheit. Verspätete
Wahrheitskommissionen in Lateinamerika und Afrika im Vergleich

219

Florian Ranft

Die vorliegende Studie gibt Antworten auf die Frage, welche politischen Faktoren zu einer Verzögerung der Aufarbeitungsprozesse in Form von Wahrheitskommissionen in Uruguay, Panama und Ghana führten. Dazu werden aus der Literatur zu *Transitional Justice* Hypothesen zur Machtverteilung und dem Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen gebildet, welche zur Erklärung der Phänomene beitragen. Im empirisch-analytischen Teil wird im Vergleich zu transitionsnahen Wahrheitskommissionen deutlich, dass die alten Machthaber die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen unmittelbar nach der Transition blockieren, bis es zu einem „shift of balance“ zugunsten der Oppositionsparteien kommt. Zudem wird argumentiert, dass ein niedrigeres Niveau an Menschenrechtsverletzungen vor dem Regimewechsel einen Einfluss auf das geringere Interesse an der Wahrheitsfindung in den Bevölkerungen der post-autoritären Regime hat.

„Versöhnung“ als leerer Signifikant im Kontext politischer Transitionen: Eine diskurstheoretische Konzeptualisierung <i>Judith Renner</i>	245
---	-----

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Rolle von Versöhnung in politischen Transitionen. Er argumentiert, dass Versöhnung vor allem als diskursives Phänomen verstanden werden kann, das in zahlreichen Transitionen auf der Welt hegemonial wurde. Inspiriert von der Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe werden politische Transitionen als Situationen schwerer sozialer Krisen betrachtet, in denen der dominante gesellschaftliche Ordnungsdiskurs destabilisiert wird und neue Ideale gefunden werden müssen, um die Gesellschaft neu zu ordnen und kollektives Handeln zu ermöglichen. Versöhnung fungiert hier als leerer Signifikant, das heißt als vages, aber mächtiges gesellschaftliches Ideal, das dabei hilft, eine polarisierte politische Landschaft in seinem Namen zu vereinen und die sozio-politische Krise zumindest vorübergehend zu überwinden. Geleitet von diesen theoretischen Vorüberlegungen untersucht der Artikel im zweiten Teil die Transitionen von Spanien und Südafrika und rekonstruiert anhand zweier Diskursanalysen die Entstehung eines Versöhnungsdiskurses in beiden Ländern.

REZENSIONEN

Buckley-Zistel, Susanne / Kater, Thomas (Hg.): Nach Krieg, Gewalt und Repression. Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit. <i>Fatima Kastner</i>	271
--	-----

Giegerich, Thomas (Hg.): A Wiser Century? Judicial Dispute Settlement, Disarmament and the Laws of War 100 Years after the Second Hague Peace Conference. <i>Jost Dülffer</i>	274
--	-----

AUTORINNEN UND AUTOREN	278
-------------------------------	-----

Transitional Justice 2.0

ARTICLES

- Introduction: Transitional Justice 2.0. The Conceptual Expansion
of a Still Emerging Research Program 15
Stefan Engert / Anja Jetschke

How do states and societies deal with collective wrongs after violent conflict? This question exemplifies the core of research about transitional justice, the topic of this special issue. How can peace be sustained, how can victims and perpetrators be reconciled so that they are able to live next to each other peacefully, be it in a domestic or international context? How can acts of revenge be prevented? Since the end of the cold war, these questions have gained in prominence, for various reasons. In political science (but also in other disciplines) transitional justice has emerged as an important area of research, cutting across different disciplines. This introductory article maps the research field of transitional justice and identifies a research gap of existing publications: The relative lack of systematic-comparative research on cases that have established instruments of reconciliation. Most of the existing studies are descriptive, empirical and oriented toward single-case studies. This introduction explains the conceptual idea behind the special issue.

- The Consequences of a Decade-Long Amnesty / Amnesia Policy
in Spain: A Case Study of the Town of Llanes (Asturias) 45
Beatrice Schlee

The Spanish policy of covering the events of the civil war and the Franco dictatorship beneath a veil of silence was abruptly shattered a good twenty years later when mass graves all over the country were exhumed by civil society organisations. Despite the remembrance boom that this unleashed and despite the so-called ‘Law of Historical Memory’ passed in 2007, the impact on rural areas seems to be marginal. Close examination of the microcosm of a small Spanish town shows that communities of remembrance still exist along the political cleavages prevailing in the 1930s and that these influence political behaviour. The article outlines the implementation of the ‘Law of Historical Memory’ and illustrates the negative consequences of the amnesty / amnesia policy, namely, of having hindered the formation of a democratic political culture during the phase of consolidation.

- Two Cases of Amnesia and the Complex Postcolonial Situation
of Namibia 73
Reinhart Kößler

Referring to recent calls to rehabilitate forgetting as a legitimate form of public consciousness, the paper looks at two cases of such amnesia: the treatment of the colonial genocide of 1904-1908 in Namibia in post-World War II Germany as well as in the independent postcolony, and the debate around the human rights violations committed by SWAPO during the 1980s, which also began with independence in 1989/1990. In the first case, we observe a transnational process which has contributed towards changes in the positioning of both governments. At the same time, this points to official images of history and concomitant constructions of national identity. Such conceptions of the nation are also present in the strategies to repress the memory of the human rights violations by the former liberation movement. In their precariousness, such strategies also address issues of political culture. Lastly, power relations which will determine perspectives of sustainable amnesia are taken up.

- The Emperor has no Clothes!
Criminal Proceedings through Hybrid Tribunals 101
Anja Jetschke

This article looks at coming to terms with the past through the instrument of criminal tribunals. Two questions will be asked: What determines whether states chose criminal tribunals or other instruments of coming to terms with the past? Is the causal mechanism that theories of transitional justice accord to tribunals observable? A systematic comparison of the hybrid tribunals in Cambodia, East Timor and Sierra Leone seeks answers to these questions. Concerning the first question, the article argues that the establishment of tribunals is influenced by the existing balance of power. Tribunals are the more likely, the more the internal distribution of power among previous parties of a civil war favors the former victims and the easier crimes can be attributed to the now besieged party. The pattern emerging from the type of instruments used for different conflict periods, the distribution of indictments and the number of sentences suggests that tribunals do not live up to their claims of reaching reconciliation through retributive justice. The article discusses the implications of this finding.

- Reconciliation by Means of Law or Symbols?
Comparing the Reconciliatory Effects of the International Criminal
Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY) and Political Apologies
in Former Yugoslavia. 131
Michel-André Horelt

This article delineates the different characteristics of collective apologies compared to individual trials in post-conflict Yugoslavia. While collective apologies are said to exert reconciliatory power through public atonement and the acknowledgement of collective historic responsibility for mass crimes,

war crime trials, on the contrary, help to evade detrimental collective stereotyping by individualizing historical guilt. The article undertakes a critical empirical evaluation of these assumed effects by analysing the official reception of ICTY trials and political apologies in relation to Serbian war crimes in Vukovar and Srebrenica. The article demonstrates that (1) both the issued apologies and war crimes trials before the ICTY are used by representatives to divert collective responsibility for war crimes in Serbia. Furthermore (2), the article identifies some differences: While trials have contributed to the establishment of factual knowledge in relation to war crimes, the Serbian apologies have succeeded in situations in which the addressees of the apologies have had a vested interest in political rapprochement. Thus the article identifies the complementary and different effects in the implementation of both approaches.

After Canossa: A Liberal Theory of State Apologies

155

Stefan Engert

Apologies prevent war and foster reconciliation if political responsibility for historical wrongdoings is unconditionally acknowledged. If guilt is, however, denied or excused by the perpetrator, a worsening of bilateral relations – even a return to physical violence out of revenge – is not that unlikely. The paper argues that the reconciliatory effect of apologies depends on the specific form of the “sorry speech act”, which in turn depends on the distribution of domestic preferences between governmental and societal actors. If they converge, a denial of guilt or a fully fledged apology will be the outcome, if they diverge, the government will issue an excuse. The reconciliatory effect as well as the choice of the speech act will be examined in the case of German-Israeli reconciliation and the former’s excuse (1951) and apology (2000) for the Holocaust as well as Turkey’s continuing denial of the Armenian genocide.

Reparations as Instrument of Transitional Justice:

What Accounts for State Compliance?

191

Mia Swart

The obligation upon states to pay reparations to victims of serious human rights violations is increasingly recognized in international law. Reparations have also become part of the core elements of Transitional Justice. Both from the perspective of international law and from the perspective of Transitional Justice it is clear that reparations are considered a mechanism to restore a divided society in a phase of transition. In spite of the obligation on states to pay reparations it is clear that they often do not honor this undertaking since there is no sanction or punishment for non-compliance. What then explains compliance? This article will analyse the phenomenon that states pay reparations in spite of the fact that there is no punishment for non-compliance. The article will explore three different models of compliance: the Latin American model illustrating strong compliance; the South African example which illustrates partial compliance and the model represented by the United States and Australia illustrating non-compliance. The article will look at the factors which influence

states to comply with their responsibilities in international law and conclude that the law (specifically regional human rights courts) has a powerful role to play in determining whether states comply with paying reparations.

Delayed Truth Commissions in Latina America and Africa: A Comparative Perspective <i>Florian Ranft</i>	219
--	-----

This paper analyses truth commissions with a significant time span to the transitional period and questions the causal mechanisms linked to it. To explain the time-gap, hypotheses are posed and tested on the balance of power and the degree of human rights violations. Scrutinizing truth commissions in Uruguay, Ghana and Panama, it is argued that a lower degree of human rights violations and political leaders closely related to the old regimes contribute to this delay. The results are controlled by the analysis of truth commissions in Argentina, South Africa and Haiti which were directly set up after the transition.

“Reconciliation” as an Empty Signifier in the Context of Political Transitions: A Discourse Theoretical Approach <i>Judith Renner</i>	245
---	-----

This article inquires into the role of reconciliation in the context of political transitions. It argues that reconciliation can be understood first and foremost as a discursive device which has gained hegemony in numerous transitions around the globe. Building on the discourse theory developed by Ernesto Laclau and Chantal Mouffe, the article suggests understanding political transitions as situations of severe social crisis in which hegemonic discourses are destabilized and new social ideals have to be articulated to re-order society and make collective action possible. In such a situation, reconciliation functions as an empty signifier, that is a vague but powerful social ideal which helps to unite a polarized political landscape in its name and thus to overcome the political crisis at least temporarily. Guided by these theoretical reflections, the second part of the article offers two discourse analyses which examine the articulation of reconciliation discourse in Spain and South Africa.

BOOK REVIEWS

Buckley-Zistel, Susanne / Kater, Thomas (Hg.): Nach Krieg, Gewalt und Repression. Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit. <i>Fatima Kastner</i>	271
---	-----

Giegerich, Thomas (Hg.): A Wiser Century? Judicial Dispute Settlement, Disarmament and the Laws of War 100 Years after the Second Hague Peace Conference. <i>Jost Dülffer</i>	274
--	-----

ABOUT THE AUTHORS	278
--------------------------	-----